

LEITARTIKEL

Landesfrauenkonferenz – 1 Jahr danach

Als erstes allen Kolleginnen meinen herzlichen Glückwunsch zum Internationalen Frauentag, der in diesem Jahr zum 106. Mal begangen wird.

Wer die Besten will, kann auf Frauen nicht verzichten – das war auch das Motto unserer Landesfrauenkonferenz am 23. April 2016. 20 Delegierte aus den Bezirksgruppen und 7 Gäste nahmen an der Konferenz teil.

Neben dem Geschäftsbericht, den Referaten der Gäste und der Neuwahl des Vorstandes wurden 4 Anträge verabschiedet, die an den Landesdelegiertentag im Oktober 2016 weitergeleitet wurden.

Wie ist dazu der Bearbeitungsstand?

Antrag 1 an die Landesfrauenkonferenz

Die Landesfrauenkonferenz möge beschließen, dass der Vorstand der Frauengruppe beauftragt wird, einen Antrag an den Landesdelegiertentag der GdP Sachsen zu formulieren, dass die GdP Sachsen sich intensiv für den Erlass eines Weiterbildungsfreistellungsgesetzes für Sachsen einsetzt.

Begründung:

Im Übereinkommen Nr. 140 der Internationalen Arbeitsorganisation über den bezahlten Bildungsurlaub

vom 24. Juni 1974 hat sich die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich zur Einführung bezahlten Bildungsurlaubs zum Zwecke der Berufsbildung, der allgemeinen und politischen Bildung sowie der gewerkschaftlichen Bildung verpflichtet. Wegen Untätigkeit des Bundes haben zwischenzeitlich

zwölf Bundesländer von der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz nach Art. 70, 72 Abs. 1, 74 Nr. 12 GG Gebrauch gemacht und Landesgesetze über den Bildungsurlaub erlassen. Sachsen ist eines der wenigen Länder, das noch kein Bildungsgesetz hat. Tarifverträge und Urlaubsverordnung lassen kaum noch Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Freistellungen für die persönliche und gewerkschaftliche Weiterbildung zu. Deshalb ist es notwendig, ein solches Gesetz in Sachsen einzufordern.



Gabriele Einkel

Bearbeitungsstand:

Es hat sich noch nichts bewegt – wir bleiben aber dran. Es kann nicht sein, dass nur Sachsen und Bayern diese Möglichkeit der Bildung nicht haben. Wir werden den Antrag auf jeden Fall nochmals an den DGB weiterleiten, denn nur gemeinsam sind wir stark.

Antrag 2 an die Landesfrauenkonferenz

Die Landesfrauenkonferenz möge beschließen, dass bis 2016 das Sächsische Frauenförderungsgesetz in ein modernes Gleichstellungsgesetz weiterentwickelt wird.

Begründung:

Um zu gewährleisten, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen durchgesetzt wird, verspricht der Koalitionsvertrag 2014 – 2019 die Weiterentwicklung.

Gleichzeitig sollen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens die Rolle und die Aufgaben der Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten und deren höhere gesellschaftliche Anerkennung diskutiert werden.

Fortsetzung auf Seite 2



Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe **März 2017**, war der **3. Februar 2017**, für die Ausgabe **April 2017** ist es der **3. März 2017** und für die Ausgabe **Mai 2017** ist es der **31. März 2017**.

Hinweise:

Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion

Fortsetzung von Seite 1

Bearbeitungsstand:

Es gab am 8. September 2016 einen Workshop im Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz Sachsen, an dem ich teilgenommen habe. Es existiert ein Entwurf, der zurzeit in den Frauenverbänden diskutiert wird. Nun heißt es abwarten, was das neue Gesetz bringt und wann es in Kraft tritt.

Antrag 3

an die Landesfrauenkonferenz

Die Landesfrauenkonferenz möge beschließen, dass das Familienpflegezeitgesetz auch für die Beamtinnen und Beamten in vollem Umfang Anwendung findet.

Begründung:

Das Familienpflegezeitgesetz gilt derzeit nur für die Tarifbeschäftigten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit die eventuelle Betreuung pflegebedürftiger Personen ist insbesondere auch für unsere Beamtinnen und Beamte wichtig, die oftmals im Wechselschichtdienst tätig sind und dort schon Probleme haben, die Vereinbarkeit zu gewährleisten.

Andere Bundesländer, wie zum Beispiel Thüringen, haben dieses Gesetz für ihre Beamten übernommen. In Sachsen sollte dies auch erfolgen.

Bearbeitungsstand:

Dieser Antrag wurde vom Landesdelegiertentag angenommen. Für die Durchsetzung ist eine Gesetzesänderung notwendig und um das auf den Weg zu bringen, wird dieser Antrag durch uns zur DGB-Bezirksfrauenkonferenz am 13. Mai 2017 eingebracht.

Antrag 4

an die Landesfrauenkonferenz

Die Landesfrauenkonferenz möge beschließen, dass die Regelungen der Sächsischen Urlaubs-Mutterschutz- und Elternzeitverordnung § 7 (5) Ansparurlaub auf die Urlaubsregelungen der Tarifbeschäftigten übernommen werden.

Begründung:

Abschnitt IV des TVL regelt den Urlaub für die Tarifbeschäftigten. Dort ist die Möglichkeit einer Anspargung von Urlaub nicht vorgesehen. Um eine Ungleichbehandlung abzustellen, sollte auch den Tarifbeschäftigten die Möglichkeit des angesparten Erholungsurlaubs entsprechend der o.g. gesetzlichen Regelung gegeben werden.

Bearbeitungsstand:

Unser Vorschlag war, das Thema mit in die derzeit laufenden Tarifverhandlungen einfließen zu lassen. Die Tarifkommission Sachsen hat sich entschlossen, gegenwärtig diese Forderung nicht aufzumachen.

Was beschäftigt uns noch?

Darüber berichten wir regelmäßig in der „Deutschen Polizei“. Diese Artikel sind auch auf unserer Homepage: www.gdp-sachsen.de – Gewerkschaft der Polizei – Personengruppen – Frauengruppe einzusehen.

2021 findet die nächste Landesfrauenkonferenz statt. Wer Interesse an der Mitarbeit im Vorstand der Frauengruppe hat, kann sich schon jetzt bei uns melden.

Es gibt etwas Positives zu berichten: In dieser Wahlperiode ist wieder eine Frau in den Geschäftsführenden Landesvorstand gewählt worden: Christin Gerull vom Landeskriminalamt. Wir wünschen ihr viel Erfolg für die anspruchsvolle Aufgabe.

Gabriele Einenkel



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Sachsen**

Geschäftsstelle:
Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68711
Telefax: (035204) 68750
Internet: www.gdp-sachsen.de
E-Mail: gdp@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 68714
Telefax: (035204) 68718
Internet: www.psw-service.de
E-Mail: psw@psw-service.de

Redaktion:
Matthias Büschel (V.i.S.d.P.)
Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz
Telefon: (dienstlich) (0371) 3 87-20 51
Fax: (dienstlich) (0371) 3 87-20 55
E-Mail: Redaktion@gdp-sachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801



BEZIRKSGRUPPE POLIZEIVERWALTUNGSAMT

Freundlichkeit und Achtung sind Basis für Zusammenhalt

GdP-Mitgliederversammlung beim Polizeiverwaltungsamt

Die Mitgliederversammlung in der GdP-Bezirksgruppe des Polizeiverwaltungsamtes (PVA) ist einer der Höhepunkte der Gewerkschaftsarbeit im Jahr. Es ist inzwischen schon eine gute Tradition geworden, dass der GdP Landesvorsitzende an dieser wichtigen Beratung teilnimmt und über die aktuellen Erfolge und Aufgaben, aber auch Schwierigkeiten der GdP-Arbeit in Sachsen berichtet, so auch am 25. Januar 2017.

Nach der Begrüßung durch den Bezirksgruppenvorsitzenden beim PVA, Jürgen Scherf, ging das Wort sofort an Hagen Husgen, den GdP-Landesvorsitzenden. Mit Stolz berichtete er über den Erfolg der Jungen Gruppe der GdP Sachsen, der es gelungen ist, 2016 wieder 500 neue Mitglieder für die GdP zu gewinnen. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Ausführungen war der Tarifikampf 2017. Hagen Husgen betonte: „Nur was die Beschäftigten im Tarifikampf den Arbeitgebern abringen können, hat die Chance, auch für die Beamten wirksam zu werden. Deshalb ist der Zusammenhalt von Beschäftigten und Beamten und der gemeinsame Tarifikampf Seite an Seite so wichtig für den Erfolg.“

Am 29. Juni 2017 wird die Gewerkschaft der Polizei Sachsen ein Fachforum zum Thema Dienstrecht und Besoldung durchführen. Noch hat sich Staatsminister Markus Ulbig nicht entschieden, ob er die Schirmherrschaft übernehmen wird. Noch hat das Sächsische Staatsministerium des Innern „Beratungsbedarf“, ob es sich an dieser Fachtagung beteiligen wird. „Ja“, sagt Hagen Husgen, „mit unserem Vorschlag der Besoldung nach Dienstposten und Dienstgrad rütteln wir an den Grundfesten des Beamtentums, aber wir, die GdP Sachsen, sind von unserem Konzept überzeugt.“

Das Thema amtsangemessene Alimentierung (Weihnachtsgeld) kam

nochmals aufs Tableau. „Noch gibt es Gesprächsbedarf für die Beamten in Ausbildung und Kollegen/ -innen in Elternzeit.“ Außerdem informierte Hagen Husgen über die aktuelle Zusammenarbeit mit der PVAG und den Arbeitsthemen aus dem Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei. Viel Zeit zur Beantwortung von Fragen blieb leider nicht, denn Journalisten warteten bereits auf das nächste Interview. „Wenn es weitere Fragen gibt, dann stehe ich hier im Polizeiverwaltungsamt, wo ich öfters zu tun habe oder auch per E-Mail, gern zur Verfügung.“ Mit Beifall bedankten sich die GdP Mitglieder bei ihrem Landesvorsitzenden.



Foto: BG Polizeiverwaltung

Es folgte der alljährliche Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden der Bezirksgruppe und der Finanzbericht der Bezirksgruppe. In seinen Ausführungen ging der GdP-Bezirksgruppenvorsitzende Jürgen Scherf nochmals auf die Gewerkschaftsarbeit im Jahr 2016 ein. Er legte den Schwerpunkt seiner Ausführung auf den Stellenabbau und dessen Auswirkungen. „Auch wenn im Polizeiverwaltungsamt viele neue Mitarbeiter/-innen begrüßt werden können, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass insgesamt die Talsohle des Stellenabbaus auch 2017 in der sächsischen Polizei noch nicht erreicht ist.“

Erst im Jahr 2018 wird der Stellenabbau erstmals geringer sein als

der Stellenzuwachs. Wir alle geben jeden Tag in der Arbeit unser Bestes“, so Jürgen Scherf, „wenn dennoch die Unzufriedenheit bleibt, dass die Aufgaben nicht so bewältigt werden können, wie es eigentlich zu wünschen wäre, dann liegt das eindeutig an der Arbeitsverdichtung und den fehlenden Stellen als Folge des Stellenabbaus, also nicht an uns!“

Mit Blick auf die allgemeine Erosion des Zusammenhalts der Gesellschaft in unserem Lande betonte er die Bedeutung eines freundlichen, achtungsvollen und menschlichen Umgangs für den Zusammenhalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, gerade für uns als Gewerkschafter. „Wir

müssen auch in dieser Beziehung Vorbild sein! Ein freundliches Wort, ein netten Guten Tag! oder Hallo! Verständnis für die Probleme unserer Mitkollegen und Hilfe, wo Hilfe möglich ist. Das sind alles ganz kleine Dinge des Alltags wo Jeder seinen Beitrag leisten kann, dass allen Widrigkeiten zum Trotz ein freundliches Miteinander das Arbeitsklima bestimmt und dem Zusammenhalt der Mitarbeiter/-innen dient“, so Jürgen Scherf.

Getreu dem Anspruch basisnaher Entscheidungen, wurden zahlreiche Beschlüsse, von Finanzen für die Mitgliederbetreuung, Kalenderbestellung bis hin zur Fahrtkostenerstattung neu beschlossen oder bestätigt.

Nach gut zwei Stunden waren alle Tagesordnungspunkte abgearbeitet, engagiert und lösungsorientiert diskutiert sowie alle Beschlüsse gefasst.

Der Tätigkeitsbericht der GdP Bezirksgruppe endete mit einem Zitat von Mark Twain:

„Der beste Weg sich selbst eine Freude zu machen, ist einem anderen eine Freude zu machen.“

Lasst uns heute damit anfangen!

Torsten Scheller



Heil euch, brave Karrenschieber...¹

Der Autor möchte die essentielle Freiheit des autonomen Geistes betrachten und auf die einhergehende Verantwortung gerade im Hinblick auf die neuzeitlichen Probleme verweisen.

Müheles erkennt man den spöttischen Unterton im Gedicht Friedrich Nietzsches, welcher verkrustete und mithin reglose Denkweisen der „braven Karrenschieber“ – mutmaßlich ausgestattet mit Scheuklappen für Ansichten jenseits der gewohnten Überzeugungen - missbilligte. Nietzsche stritt dafür, „von den kleinlichen Vorlieben für das Gewohnte abzulassen“², um aufzuwachen aus dem Tagtraum des lebendigen Todes - denn so verstand er das Dasein des selbstgefälligen Menschengeschlechts. Der Mensch verrennt sich blindwütig in die eigene Ohnmacht; er steht orientierungslos im Nebel seiner Selbsttäuschung und wird als „funktionierender“ Erdenbürger in den ideellen Erziehungslagern reproduziert³ - wieder und wieder: „(...) man denkt, schreibt, druckt, spricht, lehrt (...), – so weit ist ungefähr Alles erlaubt, nur im Handeln, im sogenannten Leben ist es anders: da ist immer nur Eines erlaubt und alles Andere einfach unmöglich: so will's die historische Bildung. Sind das noch Menschen, fragt man sich dann, oder vielleicht nur Denk-, Schreib- und Redemaschinen?“⁴

Notwendigerweise greift Nietzsche hier zum philosophischen Hammer und fordert den Ausbruch aus dem Zuchthaus scheinbar unumstößlicher Prinzipien - „die radikale Ablehnung von Wert, Sinn und Wünschbarkeit“⁵ -; so ist die Hörigkeit der Werte mitnichten ein natürlicher, als vielmehr ein kulturell verklärter Vorgang. Denn die Konsequenzen dieser anerzogenen Hörigkeit sind Prototypen von Auffassungen und Standpunkten, die sich lediglich dadurch unterscheiden lassen, dass sie einem anderen geschichtlichen und kulturellen Umstand entspringen, aber keineswegs einem freien (schöpferischen) Geist. So gilt es Nietzsche, ganz in der Tradition des aufklärerischen Leitspruchs „Sapere Aude“⁶, das Joch des stumpfsinnigen Daseins korrumpierender Berieselung abzuwerfen

und selbst das Steuer in eine bessere Zukunft zu lenken - frei von Last und offen für Wandel.

Doch obwohl keine Gesinnung den Einzelnen so einschnüren kann, dass er sich nicht zumindest teilweise davon befreit, ist (der lange Prozess der) Veränderung immer auch ein schmerzlicher Bruch mit dem Bekannten. Diese Anstrengungen gilt es trotz aller Widrigkeiten - die ein Zitat Max Plancks auf den Punkt bringt: „Eine neue (...) Wahrheit pflegt sich nicht in der Weise durchzusetzen, dass ihre Gegner überzeugt werden und sich als belehrt erklären, sondern vielmehr dadurch, dass ihre Gegner allmählich aussterben (...)“⁷ - anzugehen. Diesbezüglich sollte das mündige Individuum stets kritisch zur Welt stehen, die bisweilen fehlende Distanz zu althergebrachten Konventionen rehabilitieren und beginnen wieder zu hinterfragen und zu staunen: „(...) gerade in der aktuellen Situation ist es vielleicht viel wichtiger die richtigen Fragen zu stellen als bloß Antworten zu entfachen“⁸.

Auf die Gefährlichkeit einer solchen sich verselbstständigten Antwort wies seinerzeit bereits der britische Ökonom Ernst Friedrich Schumacher in seinem Werk „Die Rückkehr zum menschlichen Maß“⁹ hin, bei der die anfängliche Fragestellung in ihrem Kern und ihrer Sinnhaftigkeit längst nicht mehr einer kritischen Betrachtung unterzogen wurde. Als fassbares Beispiel nennt er unser unbändiges Bekenntnis zum Wirtschaftswachstum¹⁰, welches bisweilen schon fast obskure Züge annimmt: Wehe dem, der die unfehlbare Logik des Kapitalismus kritisiert.

Schlussendlich sollte man es vorziehen, dass die Mauern des Dogmatismus - zumindest solche, die sich zum inhaltsleeren Selbstzweck geworden sind - durch eine zeitweilige Distanz zur herrschenden Ideologie abgeklopft werden und wenn nötig eingerissen, um denkbare Irrtümer zu überwinden und den Blick freizumachen für alle Perspektiven unserer wechselhaften Welt.

Vom Unsinn des Sinns¹¹

Diese wechselhafte „Welt existiert nicht als Welt, an sich' [...] sie ist essentiell Relations-Welt: sie hat, unter

Umständen, von jedem Punkt aus ihr verschiedenes Gesicht“¹², denn „alles (...) ist geworden; es gibt keine ewigen Tatsachen so wie es keine absoluten Wahrheiten gibt“¹³. Nietzsches Zitate schildern ebenjene Subjektivität des Erlebens und folgerichtig die Subjektivität bereits erlebter Ereignisse. Entsprechend darf man die durchaus verbreitete Auffassung, dass Geschichte konsequent so passieren musste¹⁴ als menschlichen Selbstbetrug entlarven.

Arthur Schopenhauer wies Anfang des 19. Jahrhunderts den Gedanken Aristoteles, dass die Natur nicht ohne Ziel tätig sei¹⁵ durch seine Kritik am Hegelschen Geschichtsprozess - demzufolge die Geschichte einer Zweckursache folgt und ihr „eine Logik, die auf eine Höherentwicklung und vor allem auf ein Gelingen im Sinne des Glücks abzielt“¹⁶ inneohnt - zurück: es gibt kein übergeordnetes Gesamtziel oder eine notwendige Gesetzmäßigkeit eines zu erreichendes Optimums.

Nach Michel Foucault dürfen wir Geschichte nicht als etwas Totales im Sinne einer solchen „kontinuierlichen Chronologie der Vernunft“¹⁷ betrachten, um somit der Jagd nach dem mutmaßlichen Sinn, den wir nach Régis Debray benötigen „wie die Zugvögel einen Sinn der Orientierung“¹⁸, zu entsagen. Foucault wirft der dokumentierten Geschichtswissenschaft vor, dass sie siebt, ausmustert, privilegiert und andere Auslegungen ablehnt. Gerade auch im Wissen darum, dass es zum einen immer Möglichkeiten und Perspektiven gibt, die im Verborgenen bleiben¹⁹ (da sie nicht eingetreten sind) und zum anderen, dass das Passierte im Nachgang lediglich (subjektiv gefärbt) ausgelegt wird - denn „Vergangenes historisch artikulieren heißt nicht, es erkennen, wie es denn eigentlich gewesen ist“²⁰ - sollte man sich nicht den angenommenen Gewissheiten denkfaul hingeben.

Demgemäß fordert der amerikanische Philosoph Richard Rorty, „dass wir versuchen sollten, an den Punkt zu kommen, wo wir nichts mehr verehren, nichts mehr wie eine Quasi-Gottheit behandeln, wo wir alles, unsere Sprache, unser Bewusstsein, unsere Gemeinschaft, als Produkte von Zeit und Zufall behandeln“²¹.



LESERZUSCHRIFT

Gleichwohl gehört die unter der Oberfläche befindliche Last der Sinnfrage und das Ertragen dieses bisweilen ungeliebten Gastes zur „conditio humana“²². Der vielleicht metaphorischste Antwortversuch auf die menschliche Sehnsucht nach dem Sinn findet sich bei dem französischen Philosophen Albert Camus, der durch die Konfrontation des Menschen, „der [nach dem Sinn] fragt, und der Welt, die vernunftwidrig schweigt“²³, festhält, dass dieser gebrechliche Wunsch als „absurde“ Scheinwahrheit begriffen werden muss. Und solche „falschen Ideen liefern falschen fragilen Trost“²⁴.

Thomas Ullmann

Anmerkungen

1 „... Stets „je länger, desto lieber“, Steifer stets an Kopf und Knie, Unbegeistert, ungespätig, Unverwüstlich-mittelmässig, Sans genie et sans esprit!“ (Friedrich Nietzsche: „Unter Freunden. Ein Nachspiel“, 1882).

2 Volker Gerhardt in der Fernsehsendung „Sternstunde Philosophie“ vom 12.05.2013.

3 „(...) so denke ich an das, was sich heute als Biophysik entwickelt, dass wir in absehbarer Zeit im Stande sind, den Menschen so zu ma-

chen, d.h. rein in seinem organischen Wesen so zu konstruieren, wie man ihn braucht: Geschickte und Ungeschickte, Gescheite und - Dumme. So weit wird es kommen!“ (Richard Wisser: „Heidegger im Gespräch“, 1973).

4 Friedrich Nietzsche: „Unzeitgemäße Betrachtungen“, 1873-1876.

5 Friedrich Nietzsche: „Nachgelassene Fragmente“, 1885-1887.

6 Zu Deutsch: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“. Aus dem Immanuel Kants Essay „Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?“ aus dem Jahr 1784.

7 Aus dem Buch „Wissenschaftliche Selbstbiographie“ (1948), wobei Planck von der „wissenschaftlichen Wahrheit“ sprach.

8 Slavoj Žižek in der Fernsehsendung „Sternstunde Philosophie“ vom 19.06.2016.

9 Originaltitel „Small is Beautiful: (A Study of) Economics as if People Mattered“, 1973.

10 Denn „wer glaubt, dass in einer endlichen Welt unendliches Wachstum möglich sei“, so Kenneth Boulding, „kann nur verrückt sein - oder Ökonom“. Zitiert im Buch „Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn“ des französischen Philosophen Serge Latouche, 2007.

11 Der deutsche Philosoph Hans Blumenberg sieht in seinem Werk „Die Legitimität der Neuzeit“ (1988) die Folgen unserer christlichen Tradition als Grund unseres übertriebenen Sinnfragens. Aus den „allzu großen Fragen“ der religiös dominierten Epochen ergab sich die Akzeptanz einer unbedingten Sinnzuweisung zu etwas Selbstverständlichem.

12 Friedrich Nietzsche: „Nachgelassene Fragmente“, 1888-1889.

13 Friedrich Nietzsche: „Menschliches, Allzumenschliches“, 1878.

14 Im Sinne dessen, dass große Persönlichkeiten völlig schlüssig auf die historische Bühne traten, ihre ihnen vorgeschriebene Rolle einnehmen mussten und so den Weltenlauf ein Stück weiter an das Gesamtziel gebracht haben.

15 „Mag also der Zufall noch so sehr Grund des Weltalls sein, lange vor ihm sind notwendigerweise das Denken und die Natur der Grund für viele andere Dinge und für dieses Seinsganze“ (Aristoteles: „Physik“, 4. Jahrhundert vor Christus).

16 Rüdiger Safranski in der Fernsehsendung „Sternstunde Philosophie“ vom 26.09.2010.

17 Michel Foucault: „Archäologie des Wissens“, 1969.

18 In seinem Vorwort zum Buch „Carnets“ von Victor Serge, 1985.

19 Martin Heidegger: „Holzwege“, 1949/50.
19 Walter Benjamin: „Über den Begriff der Geschichte“, 1940.

20 Richard Rorty: „Kontingenz, Ironie und Solidarität“, 1989.

21 Zu Deutsch: „Daseinsbedingung des Menschen“

22 Albert Camus: „Der Mythos des Sisyphos“, 1942.

23 Irvin Yalom: „Das Spinoza-Problem“, 2012.

24 Jean-Paul Sartre: „Der Existenzialismus ist ein Humanismus“, 1946.

KREISGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI CHEMNITZ

Der BPZ 311 bedankt sich!

Am 14. Dezember 2016 fand die gemeinschaftliche Weihnachtsfeier des Bereitschaftspolizeizuges 311 aus Chemnitz statt.

Der Tagesablauf bestand aus zwei Teilen. Im ersten wurden die fahrerischen Fähigkeiten eines jeden Teilnehmers auf der Kartbahn in Chemnitz auf die Probe gestellt. Die Rennen wurden in ein Qualifying (Zeitrennen) und in drei weitere nervenaufreibende sowie schweißtreibende Hauptrennen unterteilt. Im Anschluss wurden aus allen drei Hauptrennen die Sieger gekürt.

Nach einer kleinen Pause traf sich der Zug später am Abend in „Grütznickels Scheune“ im beschaulichen Ebersdorf, um gemeinsam zu Abend zu essen. In der wuchtig geschmückten, aber schönen Gaststätte, wurde ein üppiges Buffet serviert, welches den hungrigen Rennfahrern sehr gut schmeckte.

Diese gelungene Veranstaltung wurde, wie schon so oft, von der GdP finanziell unterstützt, worüber sich alle Mitglieder der Gewerkschaft im

Zug sehr freuten. Hierfür bedankt sich der BPZ 311 erneut und recht herzlich für die schnelle und unkomplizierte Unterstützung bei Herrn

Mike Natschke sowie bei der GdP und wünscht allen Kollegen und Kolleginnen ein gesundes neues Jahr!

Philip Pusch



Foto: KG PePo Chemnitz



Letzte Vorstellung der Verkehrspuppenbühne

Durch die Mitarbeiterinformation zum Stellenabbau vom 27. März 2006 wurde über den im Kabinett von 17./18. März 2006 beschlossenen Stellenabbau berichtet. Trotz Evaluation und Abschlussbericht der Fachkommission aus dem Jahren 2015/2016 und vielen Beteuerungen zum Stopp des Stellenabbaus wurde nun mit einem Federstrich zum Jahresende 2016 die Verkehrspuppenbühne der Polizeidirektion Chemnitz geschlossen und die Präventionsarbeit in diesem beliebten und anschaulichen Bereich der Verkehrserziehung gestrichen. Hoffentlich

bedarf es keine 20 Jahre wie beim Erlass zur „Neu“-Aufstellung der Verkehrspolizeiinspektionen Görlitz und Zwickau um zu erkennen, dass es einen großen Bedarf an Prävention im Bereich der Verkehrserziehung gibt.

Wir bedanken uns im Namen vieler Kindergarten- und Grundschulkin- der, im Namen deren Eltern, Lehrer und Erzieher bei den Kolleginnen und Kollegen, die mit viel Herzblut und Engagement über 25 Jahre diesen Baustein der Prävention aufge- baut haben, wertvolle Erziehungsar- beit leisteten und das Bild der

sächsischen Polizei für jüngere Kin- der mitprägten!

Lassen wir einfach Bilder sprechen!

Matthias Büschel



Verkehrspuppenbühne Nach 25 Jahren abgeschafft!



BEZIRKSGRUPPE CHEMNITZ

Vertrauensleuteseminar

Marko Pfeiffer, Vorsitzender der GdP-Bezirksgruppe Chemnitz, begrüßte am 20. Januar 2017 im verschneiten Augustusburg die Teilnehmer des Seminars für Vertrauensleute.

Lange hat eine solche Veranstaltung nicht mehr stattgefunden.

Die Anwesenden erfahren von der kurzfristigen Erkrankung des 2. Seminarleiters.

Und nun?

Der geplante Ablauf für das 2-Tages-Seminar wird kurzer Hand auf den Kopf gestellt, raus aus festgefahrenen Mustern und Konzepten.

Neben Ausführungen zu den rechtlichen Grundlagen der GdP zur gewerkschaftlichen Arbeit, der Erarbeitung von Antworten auf Rechtsfragen für Vertrauensleute und ausführliche Erläuterungen zu den Leistungen der GdP entwickelte sich die Zusammenkunft zu einem umfangreichen, interessanten und oftmals sehr überraschenden Erfahrungsaustausch.

Ingo Lerner, Ansprechpartner der SIGNAL IDUNA Gruppe für die Region Chemnitz, beantwortete ausführlich die vielen Fragen zum umfangreichen Leistungspaket und der



Foto: Simone Roßbach

beamtenrechtlichen Versorgung- und Absicherungssituation.

Alle waren sich am Ende des zweiten Seminartages einig: Diese Schulungen müssen regelmäßig durchgeführt werden.

Herzlichen Dank an Marko Pfeiffer für die Organisation und Moderation.

Herzlichen Dank auch an alle Teilnehmer, die in ihrer Freizeit am Wochenende zu einem wirklich gelungenen Seminar beigetragen haben. Und herzlichen Dank an das Team vom Hotel „Kunnerstein“ in Augustusburg.

Simone Roßbach

Anzeige



Spar einfach los - als GdP-Mitglied!

Eine der Aufgaben der Polizeisozialwerkes Sachsen/Thüringen GmbH ist es, besonders günstige Einkaufs- und Dienstleistungsangebote zu schaffen. Als GdP-Mitglied kannst Du bares Geld sparen. Egal ob bei verschiedenen Automarken, bei Banken, im Kurbereich, bei Mobilfunkverträgen, Festnetz, DSL, Strom oder Gas, günstige PSW-Konditionen erhältst Du in fast jeder Rubrik.

Um einen kompletten Überblick über das ganze Sparpotenzial zu erhalten, kannst Du Dir auch unseren Einkaufsführer unter Angabe Deiner Mitgliedsnummer per E-Mail abfordern oder auch gern persönlich am Telefon.



































und viele mehr

Tel.: (035204) 687-0 | info@psw-sn-th.de

www.psw-sn-th.de





Begleitung von Schwerlasttransporten in ...

... Sachsen-Anhalt

Mit der Genehmigung des Landesverwaltungsamtes melden sich die Firmen in Sachsen-Anhalt per E-Mail mindestens 48 Stunden vor Fahrtantritt bei der zuständigen Polizeidirektion. Von hier erhalten sie eine kurze Information über Zeit und Ort der Abfahrt sowie zwecks Abstimmung eine Telefonnummer der für den Transport zuständigen Polizeidienststelle. Koordiniert von den Polizeidirektionen werden in Sachsen-Anhalt fast täglich Großraum- und Schwertransporte (GST) in großer Zahl durch Kräfte der Zentralen Einsatzdienste der Polizeidirektionen und der Polizeireviere begleitet.

Die stetig steigende Anzahl dieser Transporte führte über die Jahre zu einer erheblichen Ressourcenbelastung der Polizei und bereitet der Polizei, auch in Sachsen-Anhalt zunehmend Probleme. Vor dem Hintergrund einer auch in Sachsen-Anhalt, zu verspürnden deutlichen Personalreduzierung wurden bereits vor fast 15 Jahren bundesweit ernsthafte Anstrengungen nach polizeilichen Entlastungsmöglichkeiten unternommen. Doch dieser Prozess ist sehr zählebig.

Zwischenzeitlich wurde der Umfang polizeilicher Maßnahmen vor Abfahrt auf eine Sicht- und Dokumentenprüfung als Mindeststandard beschränkt, die keine besonderen fachlichen Anforderungen an die durchführenden Einsatzkräfte stellt. Dennoch ist diese polizeifremde Tätigkeit nach wie vor mit einer enormen Arbeitsbelastung für die Polizei verbunden.

Aktuell wird in Sachsen-Anhalt daran gearbeitet, auch Bedienstete einer noch in diesem Jahr zu schaffenden Wachpolizei auf diesem Aufgabenfeld einsetzen zu können und so den Einsatzdienst zu entlasten. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür wurden vor Kurzem geschaffen. Langfristig gesehen dürfte am Ende eine Privatisierung der Begleitung (als sogenannte „Beleihung“) stehen, die die Polizei bis auf wenige Ausnahmen von dieser Aufgabe dann hoffentlich endgültig entlastet.

Jörg Kuske

... Thüringen

Für bestimmte Großraum- und Schwertransporte (GST) ordnen Straßenverkehrsbehörden eine polizeiliche Begleitung zur Abwendung von Gefahren für andere Verkehrsteilnehmer an, die durch den Transport entstehen können. Die Zuständigkeit der Straßenverkehrsbehörde ergibt sich aus § 44 Abs. 1 und Abs. 3 a StVO. Die Polizei ist nicht originär zuständig. Für das Genehmigungsverfahren wird die elektronische Anwendung VEMAGS (Verfahrensmanagement für GST) genutzt. Mit dieser Anwendung wird der Polizei die Erlaubnis mit den entsprechenden Auflagen zur Verfügung gestellt. Die Polizei nimmt die Transportbegleitung im Rahmen der speziellen Gefahrenabwehr wahr und setzt die Vorschriften und Anordnungen der Straßenverkehrsbehörde um. In Thüringen wird die Transportbegleitung in der Regel in Verantwortung des Einsatz- und Streifendienst (ESD) der Autobahnpolizeiinspektion sowie der Polizeiinspektionen realisiert.

Hierbei sind die 2014 bundesweit abgestimmten Handlungsempfehlungen hilfreich, die die Mindeststandards bei der Übernahme und Begleitung von GST länderübergreifend beschreiben. Diese Empfehlungen geben den Beamten/-innen eine gewisse Rechtssicherheit zum Prüfumfang der polizeilichen Abfahrtskontrolle vor Transportbeginn und entsprechen den Möglichkeiten des ESD. Die Kostenerhebung erfolgt einheitlich für Thüringen durch die Landespolizeidirektion. Aktiv werden weiterhin alle Bemühungen auf Bundes- und Landesebene zur Verringerung der begleitpflichtigen Transporte unterstützt. Bis zur vollständigen Entlastung derartiger Begleitaufgaben ist noch ein langer Weg zu gehen, so dass gerade die aufwendig und entscheidungsfordernd zu begleitenden GST noch längere Zeit die Polizei beanspruchen werden. Spezialisierte polizeiliche Kräfte für diese Aufgabe sind für uns als GdP wünschenswert, aber unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen unrealistisch.

Monika Pape

... Sachsen

Die Begleitung von Großraum- und Schwertransporten (GST) muss die Polizei auf Anordnung der Genehmigungsbehörde durchführen. Die Polizei hat hierbei in erster Linie die Aufgabe, alle anderen Verkehrsteilnehmer vor den Gefahren zu schützen, die im Zusammenhang mit dem GST entstehen können. Diese Aufgabe übernehmen in der Regel die örtlich zuständigen Polizeireviere und auf den Bundesautobahnen die zuständigen Autobahnpolizeireviere.

Nicht selten stoßen die Dienststellen aufgrund der hohen Anzahl von begleitungspflichtigen GST an ihre Kapazitätsgrenze. Weitere Probleme bereiten Unternehmen, die sich nicht an die Bedingungen und Auflagen der Genehmigungsbehörde halten und somit die Weiterfahrt dieser GST unterbunden werden muss. Hier fehlt es in der Regel an geeigneten Abstellplätzen. Eine detaillierte Abfahrtskontrolle wird in Sachsen nicht mehr durchgeführt. Die Projektgruppe „Prüfung weiterer Harmonisierungsmöglichkeiten bei den sogenannten polizeilichen Abfahrtskontrollen“ der Arbeitsgemeinschaft Verkehrspolizeiliche Aufgaben kommt in ihrem Abschlussbericht zum Ergebnis, dass es der Polizei nicht obliegt, eine detaillierte Abfahrtskontrolle durchzuführen.

Für die Einhaltung der Bedingungen und Auflagen des Transportbescheides ist allein der Inhaber des Bescheides verantwortlich. Aus diesem Grund kann sich die Polizei bei erstmaliger polizeilicher Übernahme des GST auf eine Sichtprüfung des GST beschränken. Die Innenministerkonferenz empfiehlt den Ländern, nach den im Bericht beschriebenen Mindeststandards und Handlungsempfehlungen zu verfahren. Das Sächsische Innenministerium schließt sich diesen Empfehlungen an (Schreiben SMI vom 8. Juli 2015).

Sven Krahnert

